

Zeitschrift: Bulletin Electrosuisse
Herausgeber: Electrosuisse, Verband für Elektro-, Energie- und Informationstechnik
Band: 98 (2007)
Heft: 6

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Anhörung für Sachplan Geologische Tiefenlager

(uvek) Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) unterbreitete den interessierten Kreisen im In- und Ausland den Entwurf des Konzeptteils des Sachplans Geologische Tiefenlager zur Anhörung. Darin wird das Auswahlverfahren für Standorte zur Entsorgung der radioaktiven Abfälle festgelegt. Die Anhörung dauert vom 15. Januar bis zum 20. April 2007.

Die Erarbeitung des Entwurfs, der nun in die Anhörung geht, erfolgte in Zusammenarbeit mit verschiedenen Bundesstellen, den Kantonen, betroffe-

nen Behörden im In- und Ausland sowie interessierten Organisationen. Im Rahmen von Fokusgruppen wurden Meinungen der Bevölkerung eingebracht.

Als zentral erwies sich die Frage, ob die geologischen Tiefenlager die Abfälle der heutigen Kernkraftwerke (KKW) oder auch diejenigen einer neuen Generation von KKW aufnehmen sollen. Der aktuelle Entwurf des Sachplans sieht dazu vor, dass das Auswahlverfahren auf das bestehende Abfallinventar ausgerichtet werden soll. Es muss jedoch für jeden zur Diskussion stehenden

Standort die theoretisch vorhandene, maximale Lagerkapazität aufgezeigt werden. Eine Rahmenbewilligung für ein geologisches Tiefenlager kann aber nur für das zu diesem Zeitpunkt absehbare Abfallinventar, nicht aber für den Abfall künftiger KKW, erteilt werden.

Verpolitisierung und Verzögerungen beim Tiefenlager?

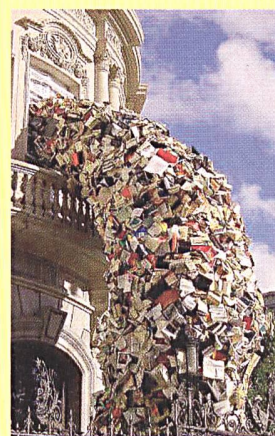
(m/es) Economiesuisse begrüsst, dass nun der 3. Entwurf des Konzeptes zum Sachplan geologische Tiefenlager für radioaktive Abfälle vorliegt. Dennoch gebe der Entwurf Anlass zu Kritik.

Der Sachplan diene zur strukturierten Bestimmung eines zukünftigen Standorts für ein geologisches Tiefenlager. Es gebe daher keinen Grund, ihn mit der Frage des Baus neuer Kernkraftwerke zu verknüpfen. Die im Konzept vorgeschlagene Beschränkung der Lagerkapazitäten auf das Abfallvolumen der bestehenden Kernkraftwerke sei weder rechtlich noch sachlich nachvollziehbar. Zudem bemängelt Economiesuisse unnötige Verzögerungen der Verfahren.

Vereinbarung zur Anerkennung von grünem Strom

(uv) Bundesrat Moritz Leuenberger und der italienische Minister für Wirtschaftsentwicklung Pier Luigi Bersani haben am 6. März in Rom eine Vereinbarung zur gegenseitigen Anerkennung von Elektrizität aus erneuerbaren Quellen unterzeichnet. Zudem unterschrieben die beiden Minister eine Vereinbarung zur Gewährleistung der Rechtssicherheit für die anstehenden Investitionen in grenzüberschreitende Stromübertragungsleitungen.

«Kunst»



Papierstrom

Die Schweizerische Zellstoff-, Papier- und Kartonindustrie ist mit rund 13 Prozent Anteil am industriellen Energie-Endverbrauch eine der bedeutendsten Kundengruppen für Energie bzw. Strom. Sie produziert mit rund 4000 Mitarbeitern an 18 Standorten jährlich 1,7 Millionen Tonnen Papier unterschiedlichster Sorten. Eine künstlerische Darstellung solch enormer Mengen ist zurzeit im österreichischen Linz zu sehen. Dort wird bis 2009 die «Kunst in die Stadt» gebracht. Die Künstler bespielen und gestalten dabei ungewöhnliche, spannungsreiche Orte: Die Fenster, die Stollen und die Dächer von Linz (im Bild: Werk von Alicia Martin).

B. Frankl

Grosszügigere CO₂-Kompensationsmöglichkeiten

(ef) Der Nationalrat hat am 6. März im Rahmen der Umsetzung des CO₂-Gesetzes beschlossen, dass grössere fossilthermische Kraftwerke ihre CO₂-Emissionen vollumfänglich kompensieren sollen. Dabei legt der Bundesrat den maximalen Prozentsatz der Emissionszertifikate aus dem Ausland fest.

Etappe 1

Auswahl von potenziellen Standortregionen je für SMA und HAA

Kriterien:

- Sicherheit
- Technische Machbarkeit
- Raumplanerische Grobabstimmung

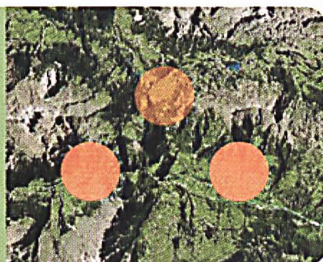


Etappe 2

Auswahl von mindestens 2 Standorten

Kriterien:

- Sozio-ökonomische Auswirkungen
- Raumplanerische Aspekte
- Umwelt
- Provisorische Sicherheitsanalysen
- Gesamtheitliche Beurteilung

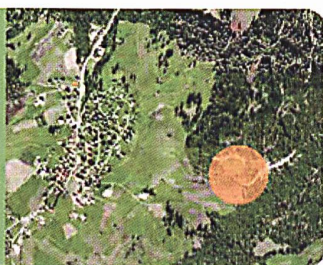


Etappe 3

Standortwahl und Rahmenbewilligungsverfahren

Kriterien:

- Sicherheitstechnische Kenntnisse
- Umfassende sozio-ökonomische Untersuchungen
- UVP 1. Stufe
- Gesamtheitliche Beurteilung

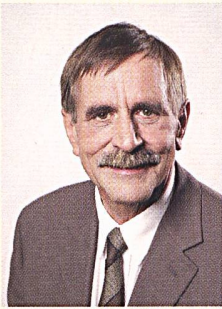


Das eigentliche Auswahlverfahren für die Tiefenlager wird von den Entsorgungspflichtigen unter Aufsicht der Behörden durchgeführt und findet schrittweise in drei Etappen statt (Bild BFE).

Schweizerischer Gewerbeverband für Kernkraft

«Der SGV macht keineswegs Fundamentalopposition gegen die Planung von Gaskombikraftwerken; diese dürfen aber die CO₂-freie Atomkraft nicht ersetzen. Der Weiterbestand und die Stärkung der Kernenergie darf deshalb nicht einfach eine Option für die Zukunft sein, sondern «ein absolutes Muss».»

Gewerbedirektor und Nationalrat
Pierre Triponez



Einsprache gegen Gaskombikraftwerk Chavalon

(d/v) Greenpeace will das vom Stromversorger EOS in Chavalon (VS) geplante Gaskombikraftwerk verhindern. Die Umweltorganisation erhob gegen das Projekt Einsprache. Das Werk sei nicht nötig und schade dem Klima.

Baltikum im europäischen Stromverbund

(a/eu) Mit einem 105 Kilometer langen Kabel unter der Ostsee ist das Baltikum künftig an den Stromverbund Westeuropas angeschlossen und gewinnt mehr Unabhängigkeit von Russland. Die Leitung zwischen Estland und Finnland konnte Anfang 2007 in Betrieb genommen werden. Bisher wa-

ren die baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen nur an das einstige sowjetische Stromnetz angeschlossen.

Eesti Energia, Latvenero aus Lettland und Lietuvos Energija aus Litauen betreiben die «Estlink» getaufte Leitung zusammen mit den finnischen Unternehmen Pohjolan Voima und Helsingin Energia. Die Baukosten wurden auf etwa 110 Mio. Euro beziffert. Die führenden baltischen Elektrizitätsfirmen kooperieren auch bei den Planungen für ein neues Kernkraftwerk am litauischen Standort Ignalina.

ABB entwickelte, baute und installierte die im Boden und Unterwasser verlaufende Verbindung unter Verwendung der HGÜ Light-Technologie (Hochspannungs-Gleichstromübertragung). HGÜ ist eine Technologie, die keine elektromagnetischen Felder erzeugt, ölfreie Kabel verwendet und mit kompakten Umrichterstationen sowie unsichtbaren Boden- und Unterwasserleitungen arbeitet.

Gemäss den Leitlinien für die transeuropäischen Energienetze ist auch im Süden die Anbindung der baltischen Republiken durch eine Verbindungsleitung zwischen Polen und Litauen geplant.

Neues Stromkabel zwischen Norwegen und Deutschland

(ewe) Ein europäisches Konsortium plant, ein 570 Kilometer langes Seekabel zwischen Norwegen und Deutschland zu

verlegen. Das Konsortium bilden die Energieunternehmen Agder Energi und Lyse aus Norwegen, die EWE AG aus Oldenburg sowie der Schweizer Energiehändler EGL.

Die Kabeltrasse soll zwischen dem norwegischen Fedra in der Nähe von Kristiansand und einem Anlandepunkt in der Region um Wilhelmshaven verlaufen. Fedra ist auch der Anlandepunkt der Trasse in die Niederlande, die derzeit gebaut wird. NorGer könnte voraussichtlich 2011 den Betrieb aufnehmen. Die Investitionen für das 700-MW-Kabel sind derzeit mit 500 Mio. Euro beziffert.

Kooperation Schweiz-Euratom für Fusionsforschung

(sbf) Das Staatssekretariat für Bildung und Forschung hat im Rahmen der bestehenden Kooperation mit Euratom eine Verlängerung für vier Ausführungsverträge im Bereich der Plasmaphysik und Fusionsforschung unterzeichnet. Damit ist die Schweiz auch weiterhin vollwertiges Mitglied der Europäischen Fusionsgemeinschaft.

Durch ein 1978 abgeschlossenes Kooperationsabkommen zur gemeinsamen Forschung im Bereich Plasmaphysik und Kernfusion beteiligt sich die Schweiz am europä-

ischen Fusionsforschungsprogramm. Die Ende 2006 verlängerten Ausführungsverträge regeln sowohl die wissenschaftlichen und technischen wie auch die finanziellen Aspekte dieser Zusammenarbeit. Die Schweiz beteiligt sich mit einem jährlichen Beitrag von rund 8 Mio. Franken an der europäischen Fusionsforschung.

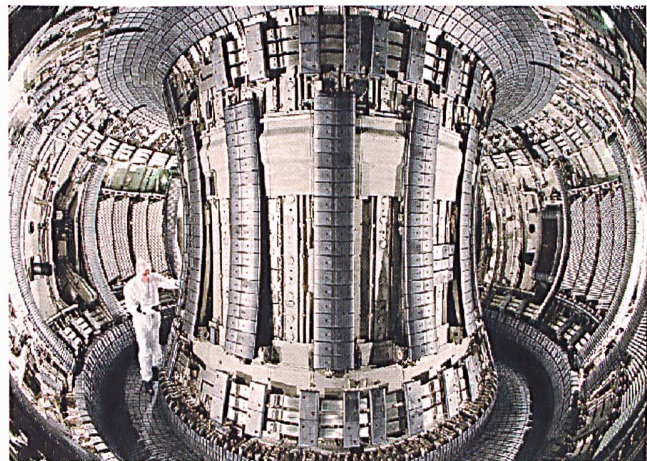
Nächster Meilenstein des mittlerweile weltweit führenden europäischen Fusionsprogramms auf dem Weg hin zu einem ersten, unter kommerziellen Bedingungen arbeitenden Pilot-Kraftwerk ist der Bau des thermonuklearen Experimentalkraftwerks ITER in Cadarache (F) durch eine internationale Staatengemeinschaft. Beteiligt an ITER sind EURATOM (inkl. Schweiz), Japan, Russland, China, Südkorea, Indien und die USA.

Energie Trialog

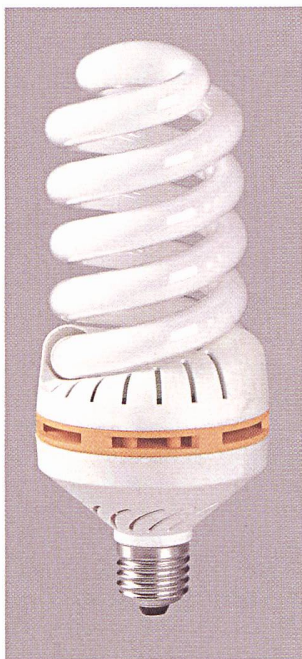
(ef) Am 16. Februar gab der Verein «Energie Trialog Schweiz» die Entwicklung einer langfristig ausgerichteten und breit abgestützten Energiepolitik bekannt, die diejenige des Bundes ergänzen soll. Auf eine Initiative des Kantons Aargau hin haben sich dazu hochrangige Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft zusammengeschlossen. Erste Ergebnisse des Energie Trialog sollen in drei Jahren vorliegen.



Unterseekabel wird verlegt (Bild ABB).



Die Schweiz erwartet, wie aus ihrer Beteiligung am Bau des ersten europäischen Fusionsreaktors JET Mitte der 70er-Jahre, nun auch aus ITER weitere wichtige wissenschaftliche und industrielle Impulse zu erhalten (Bild JET).



Energiesparlampe aus China.

Illegaler Handel mit chinesischen Energiesparlampen

(eu/zka) Die Verwendung von Energiesparlampen wird in Europa immer beliebter. Mit der wachsenden Nachfrage steigt auch das Angebot auf dem Weltmarkt. Zum Schutz der europäischen Hersteller unterliegen Energiesparlampen, die ihren Ursprung in der Volksrepublik China haben, seit 2001 bei der Einfuhr in die Europäische Union einem Antidumpingzoll von bis zu 66,1%.

Das deutsche Zollkriminalamt verfolgte Hinweise, nach denen die Erhebung des Antidumpingzolls durch das betrügerische Vortäuschen eines falschen Ursprungs umgangen werden sollte. Es bestand der Verdacht, dass in China produzierte Energiesparlampen über andere Länder transportiert, dort umgeladen und dann mit falschen Dokumenten versehen in die EU importiert werden.

In Zusammenarbeit mit dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) bewiesen die Zollfahnder, dass beispielsweise Lieferanten in den angeblichen Herkunftsländern gar nicht existierten und dass der tatsächliche Ursprung der Lampen China ist. Auf Grund

dieser Ermittlungsergebnisse konnten bis jetzt mehr als sieben Millionen Euro an hinterzogenen Antidumpingzöllen durch die deutsche Zollverwaltung nachgefordert werden. Der Steuerschaden in der gesamten EU beträgt nach Schätzung des OLAF bis zu 50 Millionen Euro.

Aber nicht nur der Staat wird mit diesen «Geschäften» betrogen, sondern auch die Käufer dieser vermeintlich preisgünstigen Energiesparer: Tests haben ergeben, dass die Lebensdauer dieser Lampen weit unter denen anderer Energiesparlampen liegt.

Das Ende der Glühbirne?

(ksa) Im Kampf gegen den Klimawandel will die australische Regierung herkömmliche Glühbirnen verbieten. Die Birnen würden innerhalb bis 2009 durch effizientere Kompaktleuchtstofflampen ersetzt. Die Massnahme würde dazu beitragen, das gegenwärtige Emissionsniveau Australiens bis 2012 um 800 000 Tonnen zu senken. Haushalte würden 66% weniger für ihre Beleuchtung ausgeben müssen.

Arabische Atompläne

(d) Die sechs Mitglieder des Golfkooperationsrats (GCC) haben beschlossen, den Aufbau eines gemeinsamen zivilen Atomprogramms zu prüfen. Zum GCC gehören Saudi-Arabien, Katar, Bahrain, Oman, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate. «Angesichts ihrer Energiereserven muss man sich über das Bedürfnis einiger Staaten nach Atomenergie wundern», sagte dazu US-Aussenministerin Condoleezza Rice.



Rice wundert sich über arabische Atompläne.

Energienotizen aus Bern



Unterstützung von Kleinwasserkraft-Vorstudien

(ec) Auch im neuen Jahr können wieder Grobanalysen und Vorstudienprojekte im Bereich Kleinwasserkraft mit Bundesbeiträgen unterstützt werden. Unterstützungsgesuche an Grobanalysen werden fortlaufend, solche an Vorstudienprojekte anschliessend an vier über das Jahr verteilten Eingabeterminen beurteilt.

Durch die Unterstützung des Programms Kleinwasserkraftwerke konnten im vergangenen Jahr 45 Kleinwasserkraftprojekte in Form einer Grobanalyse auf ihre Machbarkeit überprüft werden. 17 weitere Projekte wurden als Vorstudienprojekte teils bis zur Konzessionseingabe unterstützt und falls nötig begleitet. Die berechnete Jahresproduktion dieser Projekte beträgt zusammengefasst über 30 GWh.

Exportrisikoversicherung für Wasserkraftwerk in der Türkei

Der Bundesrat hat am 14. Februar 2007 eine grundsätzliche Zusage für die Exportrisikoversicherung für Generatorenlieferungen in der Höhe von 115 Millionen Franken an Alstom Schweiz abgegeben. Diese Generatoren werden für den Bau des Wasserkraftwerks Yusufeli, Türkei, benötigt.

Die Zusage ist mit Auflagen über ergänzende Abfederungsmassnahmen im Umwelt- und Umsiedlungsbereich verbunden. Über die Erteilung der endgültigen Versicherung befindet der Bundesrat, wenn diese Massnahmen zufrieden stellend erfüllt sind.

Coopération Suisse-Euratom dans le domaine de la recherche sur la fusion

Le Secrétariat d'Etat à l'éducation et à la recherche a prolongé dans le cadre de la coopération entre la Suisse et Euratom quatre accords de mise en oeuvre dans le domaine de la physique des plasmas et de la recherche sur la fusion. La Suisse reste ainsi membre à part entière de la communauté européenne de la fusion.



Populist Hugo Chavez will auch die ganze Elektrizitätswirtschaft verstaatlichen (Bild UNO).

Totale Verstaatlichung von Venezuelas Energiesektor?

(a) Venezuelas «Caudillo» Hugo Chavez weitet seine Verstaatlichungspläne aus. Die Regierung werde die gesamte Energiebranche übernehmen, kündigte er an. Bisher hatte er nur bekannt gegeben, dass die Stromwirtschaft, Ölprojekte in der Orinoco-Region und das grösste Telekommunikationsunternehmen des südamerikanischen Landes nationalisiert werden sollen.

EU: Deutsche Präsidentschaft mit Energie

(ee/vö) «Ohne eigenes Tun, mehr Wettbewerb im Energiebereich, mehr Energieeffizienz, mehr erneuerbare Energien, Diversifizierung und Unabhängigkeit werden wir Energiesicherheit nicht schaffen,» sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich eines Treffens der deutschen Bundesregierung mit der Europäischen Kommiss-

sion. Im Mittelpunkt der deutschen Präsidentschaft werden die Themen Energie, europäische Verfassung sowie der Bürokratieabbau stehen. Beim Frühjahrsgipfel am 8./9. März 2007 werden die Regierungschefs aufgefordert, einen Aktionsplan zur Energiepolitik zu bestätigen.

Erkenntnisse aus dem November-Blackout

(euk) Am 4. November 2006 führte ein gravierender Störfall im europäischen Stromnetz zu Stromausfällen in weiten Teilen des Kontinents. Nach diesem Störfall forderte EU-Energiekommissar Andris Piebalgs die UCTE zur Abfassung eines Berichts über die Ursachen solcher Grossausfälle auf. Ferner bat er die Gruppe der Europäischen Regulierungsbehörden, die über die Lehren aus diesem Ereignis Bericht erstatten wird, um eine Evaluierung.

Nach der von der UCTE durchgeführten Untersuchung gibt es drei Hauptgründe für diesen Störfall:

- E.ON Netz, der Übertragungsnetzbetreiber, bei dem der Fehler entstand, hatte keine Sicherheitsverfahren eingeführt und verfügte nicht einmal über alle technischen Instrumente, um überprüfen zu können, ob das Netz innerhalb der Sicherheitsgrenzen betrieben wurde.
- Andere europäische Übertragungsnetzbetreiber wurden über die vom deutschen Über-

Rekord für weltweite Kernenergieproduktion



Bemerkenswert verbesserte Produktionsergebnisse in Russland (Kernkraftwerk Kursk; Bild Rosenergoatom).

(pl) Die Kernkraftwerkbetreiber der Welt haben laut von Nucleonics Week veröffentlichten Daten im Jahr 2006 einen Rekord für die gesamte Stromerzeugung aufgestellt. Angeführt von den bemerkenswert verbesserten Produktionsergebnissen in Kanada, Japan und Russland sowie einer anhaltenden Produktionsleistung in den USA, Südkorea und Frankreich wird die weltweite, durch Kernkraft erzeugte Stromproduktion voraussichtlich 2,8 Mrd. Brutto-Megawattstunden (MWh) erreichen. Auf die kernkraftbetriebene Stromerzeugung entfallen über 16% der weltweiten Elektrizitätsproduktion.

tragungsnetzbetreiber getroffenen Massnahmen nicht informiert.

- Unzureichende Investitionen sowohl im Bereich der Zuverlässigkeit als auch des Netzbetriebs spielten auch eine Rolle. Weitere Probleme, die in Angriff genommen werden müssen, sind das Verhalten der Verteilernetze im Falle von Störungen, die Abtrennung und der Wiederanschluss von Lasten und Erzeugern.

Diese Ursachen bestätigen die Analyse der Kommission, die für gemeinsame Massnahmen zur Gewährleistung der Stromversorgungssicherheit in der gesamten Europäischen Union spricht.

Kopplung der europäischen Strommärkte

(eu) «Die Marktkopplung ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer wirklichen Integration der europäischen

Strommärkte.» Mit diesen Worten begrüsst der für Energie zuständige EU-Kommissar Andris Piebalgs die Kopplung des französischen, belgischen und niederländischen Strommarktes. Seit dem 21. November 2006 hat der neue gemeinsame Markt die Gründung einer Strombörse in Belgien (Belpex) ermöglicht. Damit ist die Nutzung der Verbindungsleitungen deutlich effizienter geworden und hat sich das Preisniveau in den drei Ländern angeglichen.

Das Gebiet der drei miteinander gekoppelten Märkte wird später auch mit dem ersten regionalen Markt Europas, dem nördlichen Markt, mit Norwegen und mit dem iberischen Markt, auf dem derzeit eine Entwicklung hin zu einer stärkeren Integration stattfindet, verbunden werden. Sobald der Markt über Deutschland mit Osteuropa verbunden ist, wird eine wichtige Etappe auf dem Weg zur Schaffung eines europäischen Grosshandelsmarktes, der relativ harmonisiert funktioniert, erreicht worden sein.



Angela Merkel mit Energie (Bild CDU).

Bundesstudie Energieperspektiven 2035

(uv) Das UVEK hat zur Energiepolitik die Zusammenfassung der Energieperspektiven 2035 veröffentlicht. Als Ergebnis einer mehrjährigen Arbeit von Fachleuten aus Verwaltung, Wissenschaft und Energiewirtschaft zeigen sie anhand von Szenarien den energie- und klimapolitischen Handlungsbedarf und ermöglichen dem Bundesrat die anstehenden Grundsatzentscheide für eine nachhaltige Energieversorgung.

Die Energieperspektiven 2035 liefern Hinweise auf Entwicklungstendenzen der schweizerischen Energieversorgung. Sie zeigen auch mögliche Instrumente zur Beeinflussung dieser Entwicklungen auf. Gemäss den Erkenntnissen der Fachleute besteht Handlungsbedarf, was die Versorgung mit Brenn- und Treibstoffen, mit Elektrizität und die Erreichung der Klimaziele betrifft. Die in den Energieperspektiven untersuchten Szenarien reichen von einer Weiterführung der bisherigen Energiepolitik (Szenario I) über eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft (Szenario II), einer Energiepolitik mit quantitativen Zielen bezüglich der Reduktion des Energieverbrauchs und der CO₂-Emissionen (Szenario III) bis zur konsequenten Ausrichtung der Energiepolitik auf die «2000-Watt-Gesellschaft» mit tief greifenden Massnahmen zur Reduktion des Energieverbrauchs und zur Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien (Szenario IV).

Auf Basis dieser Vorarbeiten hat UVEK-Vorsteher Moritz Leuenberger dem Bundesrat eine Energiestrategie unterbreitet. In Übereinstimmung mit den kontinuierlichen Bestrebungen des UVEK zur Förderung der erneuerbaren Energien, zur Reduktion der Energieverbrauchs und des CO₂-Ausstosses verfolgt die Strategie das Ziel einer nachhaltigen Energieversorgung. Die Erneuerung und Ergänzung der Kraftwerke zur Deckung des Energiebedarfs ist dabei nicht ausgeschlossen; Priorität hat aber die Nutzung von umweltschonenden Energiequellen und die Verbesserung der Energieeffizienz, wie

dies zum Beispiel im Baubereich seit Jahren erfolgreich praktiziert wird.

Bewährtes Planungsinstrument

Seit der Gesamtenergiekonzeption von Mitte der 1970er-Jahre erstellt der Bund periodisch Energieperspektiven, letztmals im Vorfeld der Volksinitiativen zu einem Kernkraft-Moratorium und zum Ausstieg aus der Kernenergienutzung, die vom Schweizer Stimmvolk Mitte 2003 abgelehnt wurden. Die Arbeit an den vorliegenden Energieperspektiven begann im Jahr 2004. Einzubeziehen waren energie- und klimapolitische Herausforderungen wie die Umsetzung der CO₂-Abgabe, die Festlegung der CO₂-Ziele nach Ablauf der Kyoto-Periode, die Entwicklung des Gesamtenergieverbrauchs, die langfristige Versorgung mit fossilen Energieträgern, die langfristige Stromversorgungssicherheit nach Stilllegung der bestehenden Kernkraftwerke sowie der Ausbau der erneuerbaren Energien. Fachpersonen aus Wissenschaft und Energiewirtschaft begleitete die Arbeiten des Bundesamtes für Energie (BFE) und anderer Fachstellen des Bundes.

Die detaillierten Ergebnisse wurden Ende Februar 2007 in einem Synthesebericht veröffentlicht. Vier Begleitbände des Schlussberichts (Szenarien I bis IV, Volkswirtschaftliche Auswirkungen, Analyse und Bewertung des Elektrizitätsangebotes und Exkurse) werden im Verlaufe des Frühjahrs publiziert, bzw. sind zum Teil bereits auf Internet verfügbar.

Haltung der Strombranche durch die Energieperspektiven des Bundes grundsätzlich bestätigt

(vse) Ohne Investitionen in die einheimische Energieproduktion droht der Schweiz in wenigen Jahren eine Stromlücke. – Das ist die Quintessenz der vom Bundesamt für Energie in Zusammenarbeit mit Experten erarbeiteten Untersuchung «Energieperspektiven 2035». Damit werden die Resultate der vom Verband Schweizerischer Elek-



Energieperspektiven 2035 des UVEK: Die Dringlichkeit des Handlungsbedarfs wird unterschätzt (Bild BFE).

trizitätsunternehmen, VSE, bereits im Mai 2006 herausgegebenen Studie «Vorschau 2006 auf die Elektrizitätsversorgung der Schweiz im Zeitraum bis 2035/2050» bestätigt.

Dennoch ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass im Unterschied zur «Vorschau 06» des VSE die «Energieperspektiven 2035» von Szenarien ausgehen, die teilweise wenig realistischen Annahmen basieren. Dies betrifft insbesondere die Zielszenarien III und IV, die zudem eine weitgehende staatliche Lenkung des Elektrizitätsverbrauchs beinhalten, welche in einer freiheitlichen, individualistischen Gesellschaft kaum Akzeptanz finden dürfte. Die «Vorschau 06» hingegen stützt sich auf Prognosen ab, welche nicht nur die Marktliberalisierung und die Umweltpolitik in der Schweiz und in Europa berücksichtigen, sondern profitiert auch von der jahrzehntelangen Erfahrung der Branche. Die «Vorschau 06» ist somit die Fortsetzung einer langen Reihe von Studien des VSE, deren Treffsicherheit in den letzten 40 Jahren ausserordentlich hoch war.

Energieeffizienz und neue erneuerbare Energien sind sehr wichtig. Dessen ungeachtet muss festgehalten werden, dass neue erneuerbare Energien nur ein begrenztes technisches und wirtschaftliches Wachstumspotenzial aufweisen. Trotz der angestrebten finanziellen Förderung in der Höhe von mehreren hundert Millionen Franken pro Jahr wird ihr Anteil an der inländischen Stromproduktion auf längere Sicht gesamthaft 10% des heutigen Bedarfs kaum übersteigen. Das ist beachtlich, aber nicht ausreichend.

Zur Deckung der sich abzeichnenden Versorgungslücke sieht der VSE deshalb viele Vorteile in einem Kraftwerks-Mix, der sich auf die zwei

Hauptpfeiler «Wasserkraft» und «Kernenergie» und die zwei wichtigen, ergänzenden Nebepfeiler «neue erneuerbare Energien» und «Erdgaskraftwerke» abstützt:

- Die Wasserkraft soll, wo noch möglich, ausgebaut werden. Ihr Potenzial liegt vor allem in der Leistungsreserve.
- Auf Kernenergie darf nicht verzichtet werden. Sie liefert zuverlässig, kostengünstig und umweltschonend grosse Energiemengen.
- Für den zeitgerechten Ersatz bestehender Kernkraftwerke sind rasche Entscheidungen unabdingbar.
- Neue erneuerbare Energien sind vermehrt zu nutzen. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass ihr technisches und wirtschaftliches Wachstumspotenzial begrenzt ist.
- Erdgaskraftwerke erhöhen die Flexibilität und sind unverzichtbare Übergangslösungen. Sie lassen sich relativ rasch erstellen, setzen aber eine Klärung der Genehmigungsverfahren und der Schweizer CO₂-Politik voraus.
- Importe sind keine Alternative zu den notwendigen Investitionen im Inland.

Der VSE vertritt die Ansicht, dass mit dem von ihm vorgeschlagenen Vorgehen, die sichere, wettbewerbsfähige und umweltfreundliche Elektrizitätsversorgung sichergestellt wird. Demgegenüber beinhalten die Zielszenarien III und IV der «Energieperspektiven 2035» die höchst unwahrscheinliche Annahme, alle Staaten würden gleichartige Massnahmen ergreifen. Darüber hinaus würden diese Zielszenarien zwangsläufig zu einer massiven Verteuerung der Strompreise und damit praktisch zu einer Desindustrialisierung der Schweiz führen.